

Fleiß statt Flausch – Leistungsgedanken wieder in den Schulen verankern

Drucksache 21/1270 · eingebracht 2025-07-10 – Antragsteller: FDP

Bildung

Schulpolitik

Inklusion

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP fordert die Wiedereinführung verpflichtenden Sitzenbleibens, Noten ab Klasse 3 und flächendeckender Lernstandserhebungen (LALE) zur Stärkung des 'Leistungsgedankens' in bremischen Schulen.

KERNFORDERUNGEN

- Verpflichtendes Sitzenbleiben ab 2026/27
- Notenzeugnis ab Klasse 3 in allen Schulformen
- LALE in Jahrgangsstufen 2,3,5,7,8,9 nach Hamburger KERMIT-Modell

BEWERTUNG

2.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er befürwortet Sitzenbleiben als strafende Selektionsmaßnahme (Verstoß gegen Menschenwürde D1 und Solidarität D2), setzt Noten ab Klasse 3 ohne pädagogische Begleitung (gefährdet soziale Gerechtigkeit D4 durch Verstärkung sozialer Ungleichheit), und ignoriert systemisch die Bedeutung von Mitbestimmung (D5) und ökologischer Nachhaltigkeit (E3). Die Fokussierung auf standardisierte Leistungsmessung untergräbt inklusive, partizipative und ressourcenschonende Bildungspraxis. Kein Bezug zu Lieferketten (A), Finanzpartnern (B) oder Naturwirkung (E).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Benennung der Bildungsdefizite in Bremen
- Fokus auf datengestützte Diagnostik (LALE)

Schwächen

- Selektive Logik statt inklusiver Förderung
- Ignoranz gegenüber sozialer Herkunft als Bildungsbarriere
- Keine Berücksichtigung von Mitbestimmung und Partizipation

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	--	--	•	-	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im Unterricht Bewertung: -5

Sitzenbleiben als sanktionierende Maßnahme ohne individuelle Förderperspektive

D2 Solidarität in der Schule Bewertung: -4

Noten ab Klasse 3 ohne begleitende Förderstrategien verstärken Konkurrenz statt Gemeinschaft

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -3

LALE-Erweiterung ohne Verankerung in inklusiver Diagnostik oder sozialer Ausgleichsmaßnahmen

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: -2

Keine Beteiligung von Schüler*innen, Eltern oder Lehrkräften bei Einführung von LALE/Noten

SPD**WAHLPROGRAMM****1/10**

Der Antrag widerspricht grundlegend dem SPD-Bremen-Wahlprogramm 2023, das sich für individuelle Förderung, inklusive Bildung und gegen Selektion ausspricht. Kein Bezug zu den Zielen einer 'guten Bildung von Anfang an' oder zum IQHB als Förderinstrument.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**1/10**

Widerspricht dem Hamburger Programm (2007), das Bildung als Recht für alle unabhängig von Herkunft betont (Q9) und soziale Durchlässigkeit statt Selektion fordert (Q7).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM****6/10**

Teilweise konsistent mit CDU-NRW-Wahlprogramm 2022 zu 'Bildung' (10.000 neue Lehrkräfte, Digitalisierung), aber kein direkter Bezug zu Leistungssteuerung oder Noten. CDU-Bremen-Wahlprogramm nicht im Kontext vorhanden — Bewertung nur auf NRW-Basis möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**7/10**

Konsistent mit CDU-Grundsatzprogramm 2024 zu 'Leistungsprinzip' und 'sozialer Marktwirtschaft', jedoch ohne Bezug zur Menschenwürde als Fundament (Q1–Q5 nicht verfügbar).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE**WAHLPROGRAMM****0/10**

Vollständiger Widerspruch zu Grüne-Bremen-Wahlprogramm 2023: Grüne setzen auf Schulentwicklung, Inklusion, Demokratiepädagogik (Q12, Q14) und lehnen standardisierte Selektion ab. Kein passender Chunk im Index für direkten Vergleich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**0/10**

Vollständiger Widerspruch zum Grüne-Grundsatzprogramm 2020: Bildung soll bestehende Ungleichheiten überwinden (Q16), nicht zementieren; Inklusion ist Leitlinie (Q17); Notenorientierung widerspricht individualisiertem, inklusivem Unterricht (Q15).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Fundamental widersprüchlich: LINKE-Bremen-Wahlprogramm 2023 fordert Aufhebung formaler Förderbedarfsstatuierung (Q24), Stärkung benachteiligter Schulen (Q23) und Abschaffung von Sitzenbleiben zugunsten individueller Förderung. Kein passender Chunk im Index für direkten Vergleich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Widerspricht Erfurter Programm 2011: LINKE fordert Gemeinschaftsschule als inklusive Schule des gemeinsamen Lernens (Q26) und lehnt Selektion ab. Kein Bezug zu 'Leistungsmaßstäben' als Steuerungsinstrument.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: im bremischen Schulrecht die Möglichkeit des Wiederholens einer Jahrgangsstufe („Sitzenbleiben“) bei nicht ausreichenden Leistungen wieder verpflichtend ab dem Schuljahr 2026/2027 einzuführen.

die **gesetzliche Verankerung eines Rechts auf individuelle Förderung** vor jeder Entscheidung über eine Wiederholung einzuführen, wobei Sitzenbleiben **nur als letztes Mittel nach mindestens sechs Monaten intensiver, ressourcenunterstützter Förderung** zulässig ist.

Begründung: Stärkt Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) gemäß GWÖ-Matrix, verhindert automatische Selektion bei sozialer Benachteiligung.

Vorschlag 2 von 3

Original: das Notenzeugnis ab Klasse 3 ab dem Schuljahr 2026/2027 wieder einzuführen und in allen weiterführenden Schulen ohne Ausnahme beizubehalten...

Noten **durch ein differenziertes, kompetenzorientiertes Feedbacksystem zu ersetzen**, das **Lernfortschritte, Selbstreflexion und soziales Lernen** dokumentiert und **nur auf expliziten Wunsch der Eltern und Schüler:innen** Noten ergänzt.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5), fördert Solidarität (D2) und schützt vor Leistungsdruck, der psychische Belastung und Ungleichheit verstärkt.

Vorschlag 3 von 3

Original: eine Lernausgangslagenerhebung (LALE) nach Hamburger Vorbild (KERMIT) in den Jahrgangsstufen 2,3,5,7,8 und 9 einzuführen...

LALE **als freiwilliges, schulinternes Entwicklungs- und Feedback-Instrument zu gestalten**, das **keine Konsequenzen für Schüler:innen hat**, sondern **ausschließlich zur systemischen Qualitätsentwicklung** dient — mit **Mitwirkungspflicht aller Schulen im Rahmen eines partizipativen Schulprogramms**.

Begründung: Vermeidet instrumentelle Steuerung (E4), stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und macht Daten nutzbar für echte Förderung statt Selektion.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · HB21I-34

Original-Antrag

Drucksache 21/1270

Fleiß statt Flausch · Leistungsgedanken wieder in den Schulen verankern

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag der Fraktion der FDP**Fleiß statt Flausch – Leistungsgedanken wieder in den Schulen verankern**

Ob IQB-Bildungstrend (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen), INSM-Bildungsmonitor (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) oder PISA-Ergebnisse – seit Jahren ist das Land Bremen Schlusslicht in der bundesweiten Bildungstabelle.

Statt die alarmierenden Ergebnisse als einen Handlungsauftrag zu verstehen, setzt der Senat auf einen pädagogischen Kuschelkurs, der vor allem von maximaler Rücksichtnahme und minimalen Leistungsanforderungen geprägt ist. Hiermit tut der Bremer Senat den Schülerinnen und Schülern jedoch keinen Gefallen. Denn wer Leistung den Rücken kehrt, hemmt Entwicklungsmöglichkeiten und Leistungsbereitschaft und bremst damit die Bildungskarrieren unserer Kinder aus.

Was Schülerinnen und Schüler brauchen, ist die Rückkehr zu verbindlichen Leistungsmaßstäben.

Mit verpflichtendem Sitzenbleiben werden Schülerinnen und Schüler nicht für schlechte Leistungen abgestraft, sondern zweite Chancen geschaffen.

Und mit der Wiedereinführung von Schulnoten ab der dritten Klasse wird für mehr Transparenz für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler gesorgt, zudem auch ein leistungsgerechter Vergleich auf faire Weise ermöglicht.

Schließlich hat sich die Lernausgangslagenerhebung in der fünften und siebten Jahrgangsstufe (LAL 5 und LAL 7) bewährt. Hierdurch wird den Schulen ein datenbasiertes Instrument gereicht, mit dem Lernstände frühzeitig erkannt und daraus pädagogische Maßnahmen abgeleitet werden können. Es wird Zeit, dass dieses Instrument flächendeckend an allen Schulen und systematisch in weiteren Jahrgangsstufen zum Einsatz kommt, um so die Lernstände aller Schülerinnen und Schüler während der gesamten Schulzeit zu monitorisieren, wie es beim Hamburger Vorbild (KERMIT) geschieht.

Wir Freien Demokraten verstehen Leistung als eine Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit und wollen, dass Aufstiegs geschichten unabhängig der persönlichen Hintergründe erzählt werden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Leistungsgedanken wieder verstärkt in den Schulen zu verankern – nicht um Druck zu erzeugen, sondern um die Forderung und Förderung des Einzelnen wieder in den Mittelpunkt einer jeden Bildungsbiographie zu rücken.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im bremschen Schulrecht die Möglichkeit des Wiederholens einer Jahrgangsstufe („Sitzenbleiben“) bei nicht ausreichenden Leistungen wieder verpflichtend ab dem Schuljahr 2026/2027 einzuführen.
2. das Notenzeugnis ab Klasse 3 ab dem Schuljahr 2026/2027 wieder einzuführen und in allen weiterführenden Schulen ohne Ausnahme beizubehalten, wobei die schriftliche Lernstands- und Lernentwicklungsdokumentation als vertiefende Grundlage für alle anderen Formen des Feedbacks zwischen Lernenden und Eltern erhalten bleibt und auf Wunsch auch ausgegeben wird.
3. eine Lernausgangslagenerhebung (LALE) nach Hamburger Vorbild (KERMIT) in den Jahrgangsstufen 2,3,5,7,8 und 9 einzuführen, um Kompetenzstände in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und den Naturwissenschaften zu erheben sowie eine Verpflichtung für alle Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien zu schaffen, an den Lernausgangslagenerhebungen teilzunehmen.

Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP